

Der 31. Januar 2025:

Friedrich Merz hat es begriffen

Gastbeitrag

Von **Tim B. Müller**

03.02.2025



Demokratiefeinde müssen durch politische Führung abgewehrt werden. Grüne und SPD verleugnen die Lektion aus dem Ende von Weimar.

Es sei „ein Highlight für die Demokratie“ gewesen, eine „Sternstunde des Parlaments“. Dieses Resümee der Ereignisse vom Freitag vergangener Woche, das [Friedrich Merz](#) noch am selben Abend in einem schriftlichen Interview des Redaktionsnetzwerks Deutschland zog, fand in der Fülle der Kommentare keinen Widerhall. Nichts zeigt besser, wie sehr das plastische Bild der Brandmauer ein intellektuelles Verständnis von Demokratie und Parlamentarismus ersetzt hat.

Mehr als ein Jahrzehnt lang wurde geklagt: über die Entpolitisierung der Politik, das Aussitzen von Entscheidungen, die Verrechtlichung des Politischen und die Verdrängung des Parlaments, des konstituierten Souveräns, durch Verfassungsgerichtsbarkeit und europäische Regulierung. Der Vertrauensverlust der Demokratie ist das Hauptthema des politischen Diskurses. Wie oft ist von der Politischen Wissenschaft und in der Presse gewarnt worden, dass, wenn alle Mitte sein wollen, die Bürger nicht mehr zwischen eindeutigen Alternativen wählen können und die Demokratie Schaden nehmen muss! Und nun stand da Friedrich Merz vor Journalisten und sagte: „Ich glaube, der deutsche Parlamentarismus ist der eigentliche Sieger dieser Woche.“

Wie die extreme Rechte dezimiert wird

Das war kein bloßes Lippenbekenntnis, denn in überraschender performativer Verdopplung hatte Merz tatsächlich wie jemand gehandelt, der an den Parlamentarismus glaubt, an freie Abgeordnete, die im Parlament mit Argumenten um die Sache ringen, um am Ende eine dem Gemeinwohl dienende Entscheidung herbeizuführen. Es schien wie eine Rückkehr ins klassische Zeitalter des Parlamentarismus. Nur wer das Spiel der Populisten mitspielen und demokratischen Politikern Unaufrichtigkeit vorwerfen will, kann Friedrich Merz dieses Bekenntnis zum Parlamentarismus nicht abnehmen.

Ob Merz sich als Taktiker verkalkuliert hat, werden die nächsten Wochen zeigen. Aber seine Strategie fußt auf Kenntnis der Geschichte der Demokratie. Was Historikern der Demokratie schon immer erkennbar war, sollte spätestens seit den Studien des Harvard-Politologen Daniel Ziblatt auch bei den politischen Eliten angekommen sein: Die Stabilität von Demokratien, die von rechtem Extremismus bedroht werden, hängt von der Stärke ab, die demokratische konservative Parteien ausstrahlen, und von dem Spielraum, den sie sich in der öffentlichen Debatte verschaffen. Politik kann in einer Demokratie nicht auf Dauer gegen zwei Drittel und mehr der

Bevölkerung gemacht werden. Die extreme Rechte, deren dumpfe ideologische Bricolage aus Deutschtümelei und Autokratenverehrung sich als „Alternative“ aus gibt, wird dezimiert, wenn der Sumpf trockengelegt ist, aus dessen giftigen Ausdünstungen sie sich nährt: wenn sich die liberale Demokratie den Problemen der Realität stellt.

Unerwartete Vorkämpfer

Die große Lektion der Dreißigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts ist, dass demokratische Führung entschlossener sein muss als die autoritären und totalitären Alternativen. Der Demokratie muss radikale Reform zugetraut werden, und Reformen müssen aus der Demokratie etwas noch Besseres machen als zuvor vorstellbar war. Niemand hat das klarer gezeigt als Franklin D. Roosevelt. Ein neuer New Deal – damals sozial-liberal, heute liberal-konservativ gedeutet – wäre die beste Verteidigung der liberalen Demokratie in der Krise. Aus einer durch multiple Krisen erschütterten Demokratie, der sehr viele keine Zukunft mehr zutrauten, weshalb zu viele revolutionären Alternativen links und rechts huldigten, wurde damals nach wenigen Jahren die glänzende Zukunft der ganzen Welt, das globale Ordnungsmodell für beinahe ein ganzes Jahrhundert.

Auch andere Demokratien wie Schweden, die erfolgreich die Krise der Dreißigerjahre meisterten, halten Lektionen bereit, die allerdings wenig schmeichelhaft für die gegenwärtige deutsche Linke sind, die sich in der vergangenen Woche als Mitte präsentierte, aber als Wiedergängerin einer ideologisch festgezurrt und zuerst ihrer Klientel verpflichteten Linken der Weimarer Republik erwiesen hat. Damit die Demokratie gerettet werden konnte, mussten damals die Konservativen der extremen Rechten den Kampf ansagen, und die Linke musste zu einschneidenden Maßnahmen bereit sein, die ihre Klientel ins Mark trafen. Aber das war Demokratie: die Geburt der sozialen und liberalen Demokratie. Eine Demokratie, für die auch die Sozialdemokratie einmal stand und die jetzt unerwartet in Friedrich Merz und [Christian Lindner](#) ihre Vorkämpfer gefunden hat.

Lieber für die eigene Galerie gespielt

Liberale und Konservative scheinen zu begreifen, wo die entscheidende Konfliktlinie der kommenden Jahre verläuft: innerhalb der Demokratien zwischen einem gemäßigten, demokratischen Konservatismus, der die Sorgen und Ängste der wieder konservativer werdenden Bürger ernst nimmt und Hoffnung auf die Zukunft stiften kann, und einer dunkle Emotionen aufstachelnden militanten Rechten, die einen Umsturz des liberalen Systems und eine nationalistische Hegemonie anstrebt. Auf internationaler Ebene stehen soziale und liberale Demokratien, die sich neu erfinden und wieder Attraktivität entfalten müssen, und autoritäre und totalitäre Regime, deren Ziel die eigene Machtmaximierung ist, einander gegenüber.

Auf der anderen Seite im Bundestag scheint diese Einsicht noch nicht angekommen. Das Schockierende der Parlamentsdebatte am Mittwoch und am Freitag war nicht ihre Schärfe, sondern die jeder Geschichtskennntnis entbehrende, aber mit historischen Referenzen spielende Rhetorik, die von Sozialdemokraten, Grünen und der Partei Die Linke gepflegt wurde. Die letzte parlamentarische Regierung der Weimarer Republik war vor allem zerbrochen, weil die gespaltene Linke lieber für die eigene Galerie spielte als sich auf schmerzhaft Kompromisse einzulassen. Die Sozialdemokratie besann sich kurz darauf eines Besseren und unterstützte einen nicht mehr klassisch parlamentarisch regierenden Kanzler, bis diesen ein Komplott von rechtsextremen Kräften und Reichspräsident stürzte. Aber zuvor hatten sie durch ihre Kompromisslosigkeit 1930 noch Neuwahlen mit zu verantworten, bei denen die Nationalsozialisten, die zuvor bei 2,6 Prozent der Stimmen lagen, ihren Durchbruch erlebten.

Abschied vom Begriff der liberalen Demokratie

Nichts, was wir in der vergangenen Woche beobachten konnten, hat auch nur entfernte Ähnlichkeit mit 1933. Wer so argumentiert, gar vom „Tor zur Hölle“ spricht, hat vergessen, was die Hölle der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wirklich bedeutete. Die sich teilweise bis ins Hysterische steigernde Rhetorik offenbarte, dass die Erwähnung der Verbrechen des Nationalsozialismus nicht zu einer Verteidigung des zivilisatorischen Minimums der liberalen Demokratie führt, von Menschenrechten und Pluralismus, sondern je nach Belieben für politische Parolen in Stellung gebracht wird.

Gerade um das zu verhindern, was in unserer Zukunft in neuer Gestalt einem 1933 ähnlich sein könnte, muss die Demokratie ihre Entschlossenheit zur Lösung von Problemen beweisen. Darauf haben ansonsten besonnen agierende Politiker der Sozialdemokratie und der Grünen verzichtet und sich lieber die von ihrem Publikum goutierte, unhistorische rhetorische Entgleisung erlaubt. Mindestens in diesem Augenblick haben sie sich auch vom Begriff der liberalen Demokratie verabschiedet, innerhalb derer auch schärfste Gegensätze zur Debatte gestellt und ausgetragen werden können.

Ein Gedankenspiel

Sie redeten von der Demokratie, aber sie offenbarten am 29. und 31. Januar, dass ihr Demokratiebegriff ideologisch reduziert ist. Man kann diesen beiden Säulen der politischen Kultur der Bundesrepublik seit 1990 nur wünschen, dass SPD und Grüne sich selbstkritisch ihrer Entgleisung stellen. Mit Dämonisierung werden sie die rechtsextreme Schutz- und Schmutztruppe im Parlament, deren Halluzinationen eines neuen Zeitalters man einfach hätte schallend verlachen sollen, nur größer machen. Nicht Friedrich Merz hat in der vergangenen Woche der AfD den größten Dienst erwiesen.

Man stelle sich vor, alle demokratischen Parteien, links der Mitte und auf der konservativen Seite, hätten gemeinsam für den Antrag und den Gesetzesentwurf der Union gestimmt und ein von einer Mehrheit der Bürger als so dringend empfundenen Problem noch vor den Wahlen zu dem ihren gemacht. Es wäre der Anfang vom Ende der AfD gewesen. Und der erste Tag der Zukunft der deutschen Demokratie.

***Tim B. Müller** ist Historiker. Er veröffentlichte 2014 das Buch „Nach dem Ersten Weltkrieg. Lebensversuche moderner Demokratien“ und lehrt an der Universität Mannheim.*